

# BürgerInnenbrief **Mitte**

16. Januar 2011



**DIE LINKE.**

Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

Grusel-Kabinettt +++ Wege zum Kommunismus +++ Billstedt +++ Kleine Anfragen +++ Stadtbahn +++ Kulturipp

## Wahlkämpfe: Grusel-Kabinettt



Scholz präsentiert den »kehrbaren Kaufmann« Horch als Mitglied des »Kompetenzteams«

In der kommenden Woche ist Meldeschluss für Kandidaturen zur Bürgerschaftswahl und den Bezirksversammlungen bei den jeweiligen Wahlleitern. DIE LINKE hat in kurzer Zeit ihre Hausaufgaben gut gelöst. Nach dem Beschluss über die Bezirksprogramme und das Landeswahlprogramm sind auch alle KandidatInnen festgelegt. Ich werde erneut im Wahlkreis 1 (Mitte) um Stimmen werben und bin auf der Landesliste auf den zweiten Platz gesetzt worden.

Der Einfluss der Parteien auf die Kandidatenauswahl ist mit dem neuen Wahlrecht deutlich relativiert worden. Grundsätzlich haben die WählerInnen mehr Möglichkeiten, einzelne KandidatInnen zu unterstützen, je nachdem ob von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, Stimmen gebündelt abzugeben.

Für die nächste Zeit stehen eine Reihe von Veranstaltungen, Info-Ständen und Hausbesuchen an, um für Programm und Partei möglichst viel Unterstützung zu erhalten. Allerdings sieht es so aus, dass viele WahlbürgerInnen schon jetzt klare Optionen haben: Die SPD wird in Umfragen mit gut 40% taxiert und rechnet sich selbst Chancen aus, bei den Abgeordneten die absolute Mehrheit zu erkämpfen. Die GAL wird trotz Moorburg, trotz Niederlage in der Schulpolitik und trotz Zustimmung zu etlichen Leuchtturmprojekten vom Stimmbürger mit einer höheren Zustimmung ausgestattet werden (zwischen 15 und 20% pendeln die Voraussagen). Die CDU wird deutlich an Unterstützung verlieren und die LINKE in der Stadt muss sich darauf konzentrieren, die 5%-Hürde zu überschreiten.

Was sind die Gründe für den starken Aufwind der SPD? Die politische Botschaft des Spitzenkandidaten Olaf Scholz lautet: »Mein Ziel ist, dass Hamburg wieder ordentlich regiert wird.« Mit überzeugenden Zielsetzungen ist der Regierungswechsel nicht verknüpft und über mögliche Kompromisslinien mit dem Wunschpartner GAL will sich Scholz überhaupt nicht äußern. Es bleibt bei der gebetsmühlenartigen Wiederholung der immer gleichen Botschaft: »Hamburg muss wieder ordentlich regiert werden. Wir müssen den Haushalt sanieren, den Wohnungsbau wieder mit Priorität versehen. Das Wichtigste: Wir müssen uns um die jungen Leute kümmern. Kita-Plätze, Schule, Ausbildung.«

Wieder ordentlich regieren! Das unterstellt, dass viele BürgerInnen den Eindruck haben, es wurde seit langem nicht ordentlich regiert. Und sie haben Recht. Kronzeuge für diese These ist Alt-Bürgermeister Ole von Beust. Kurz vor seinem Abtritt hatte er die Phase der »kreativen Buchführung« für beendet erklärt: »Was wünschenswert oder schön oder nice to have ist, wie es so schön heißt, was man gerne hätte, ... kann allerdings kein Maßstab mehr sein.« Künftig nicht mehr kann doch wohl nur heißen, dass dies in der unordentlichen Phase der bestimmende Grundzug war. Zu ihnen gehörten die berühmten »Leuchtturmprojekte«. Die Kernelemente des Konzepts der »wachsenden Stadt« waren konzipiert unter dem Gesichtspunkt »nice to have«. Sie werden allesamt nicht gebraucht, sondern dienen – wie der Pyramidenbau im alten Ägypten – allein als Denkmäler für die wirtschaftliche und politische Elite. Der Ruin der öffentlichen Finanzen wurde billigend in Kauf genommen.

- Die Elbphilharmonie hat sich zum Millionengrab entwickelt – selbst wenn der Bau endlich fertiggestellt ist, werden jährlich Millionenbeträge aus der Staatskasse notwendig sein, um das Gebäude zu erhalten und einen Spielplan zu ermöglichen.
- Sie sollte die Hafencity aufwerten, wie die überflüssige Hafencityuniversität oder das verrückte Verkehrsprojekt U 4 für 340 Millionen Euro.

Wegen des »nice to have«, einer absurden Steuersenkungspolitik und der schweren Wirtschaftskrise ist die Stadtkasse leer. Zum christdemokratischen Erbe gehört ein finanziell ruiniertes Gemeinwesen. Zur Hinterlassenschaft gehört auch, dass die CDU die klassische Wirtschaftsstruktur der Stadt hat verkommen lassen. Daher die Sehnsucht nach einem »ordentlichen Regieren«.

Und dies reicht der SPD. Projekte wie die Zurückdrängung der neuen Wohnungsnot oder das gebührenfreie Lernen sind ihre Sache nicht. Außer einigen nicht weiter spezifizierten Ansagen zu Wohnungsbau und Bildung (Abschaffung der Kita-Gebühren, Verbesserung der beruflichen Bildung) sucht man bei der Hamburger SPD bisher vergebens nach einer Vorstellung, wie die großen Probleme der Stadt bewältigt werden sollen.

Handfest ist bisher einzig die Ankündigung von Olaf Scholz: »Wir müssen den Haushalt konsolidieren. ... Konsolidieren ist unvermeidbar. Außerdem verbietet uns demnächst die Verfassung, neue Schulden zu machen. Sparsamkeit muss künftig eine große Rolle spielen.« Praktisch bedeutet das, dass ein

sozialdemokratisch dominierter Senat – mit welchem Juniorpartner auch immer – die von Schwarz-Grün praktizierte Politik des Abbaus von Beschäftigung, der Beschneidung öffentlicher Dienstleistungen und der Gebührenerhöhungen im Grundsatz fortsetzen wird. Zur Unbestimmtheit der künftigen Politik kommt ein autoritärer Führungsanspruch des künftigen Bürgermeisters.

Angesichts der Konzeptionslosigkeit der hanseatischen Christdemokraten sucht die SPD ein Bündnis mit Teilen der ökonomischen Elite der Stadt zu schmieden. In diesem Bemühen hat sie jetzt den Coup gelandet, den Handelskammerchef Frank Horch für ihr Wahlkampfteam zu gewinnen. Er soll den zukünftigen Wirtschaftssenator geben. Im Abendblatt erklärte Horch, er teile zu »95 bis 98%« die Positionen von Olaf Scholz. Ohne innerparteiliche Debatte, ohne programmatische Konzeption hat der Bürgermeister in spe im Stile der Basta-Politik Fakten geschaffen und das »ordentliche Regieren« auf den Weg gebracht. Hamburg – so ließ der zukünftig mitregierende Horch unlängst verlauten – darf nicht »der Gefahr erliegen, in einen selbstgefälligen »Schlaf der Schönen« zu verfallen. Wir brauchen im Standortwettbewerb den Ehrgeiz, in der Spitze der europäischen Metropolen mitzuspielen. Für mich bedeutet dies, dass Hamburg sein Ziel zu wachsen, unter welchem Slogan auch immer, nicht aufgeben darf!«

Die Stadt brauche daher nicht nur die Elbvertiefung. »Nicht minder wichtig sind die Hafenuferspanne, die Y-Trasse sowie die notwendige Ertüchtigung der Mittel- und Oberelbe bis Dresden.« Schulstrukturdebatten findet der »hehrbare Kaufmann« Horch »fruchtlos, ja kontraproduktiv«. Nötig seien dagegen ein »Masterplan Kultur«, Event-Sport als Standortfaktor und ein hohes Maß an innerer Sicherheit, Video-Überwachung eingeschlossen. Zusammengefasst: Es gelte zu verhindern, »dass sich in unserem Land eine »Kultur des Dagegen« entwickelt«. Diese neoliberale Programmatik gefällt Scholz, der von Horch zudem aufgefordert wurde, der Rücknahme der Agenda-Politik unter Schröder endlich einen Riegel vorzuschieben. Die SPD kuschelt vor dem neuen Machtzentrum.

Wie auch immer die Stimmen letztlich verteilt sein mögen, das Tandem Scholz-Horch wird der Stadt den Stempel aufprägen. Die Hoffnung auf eine Milderung dieser Therapie durch das Mitregieren der GAL ist unbegründet. Auch diese geht ohne Projekte in die Wahl – sie verspricht nur eines: mehr mit den Bürgern zu reden. Was darunter zu verstehen ist, hat die GAL in den vergangenen Jahren in Senatsverantwortung gezeigt: In Wilhelmsburg wird der Neubau zweier vierspuriger Quasi-Autobahnen vorangetrieben, gegen den Widerstand der örtlichen Initiativen. In Altona/Bahrenfeld wurde ein Bürgerbegehren gegen die Vernichtung von Kleingärten ausgehebelt, indem der Senat unter Federführung der grün geführten Stadtentwicklungsbehörde das Verfahren an sich zog. Mehr Bürgerbeteiligung ist angesichts dieses Verständnisses eine pure Drohung.

Allerdings ist die Wahl noch nicht entschieden. Es könnte noch heftiger kommen: Große Koalition unter Scholz, Althaus und Horch – das wäre dann kein Grusel-, sondern ein Horrorkabinett.

## Wege zum Kommunismus



Der Artikel, den die Parteivorsitzende der LINKEN, Gesine Löttsch, unter dem Titel »Wege zum Kommunismus« in Vorbereitung ihrer Beteiligung an der Rosa-Luxemburg-Konferenz veröffentlichte, hat in der breiten Öffentlichkeit, vor allem aber in der Partei Irritationen, Proteste und Widerspruch ausgelöst. Befeuert durch interessierte Medien wie Spiegel-Online u.a. werden nun auch die Umstände der Entstehung und der Veröffentlichung des Beitrags sowie alle nur denkbaren Vorurteile breitgetreten. Und wie üblich rücken über diese Form der öffentlichen Verurteilung die eigentlichen Argu-

mente in den Hintergrund. Aus diesem Grund dokumentiere ich – leicht gekürzt – eine Stellungnahme, die ich gemeinsam mit anderen Genossen zu Gesines Beitrag veröffentlicht habe. Gesine Löttschs vollständiger Artikel ist im Netz nachzulesen unter <http://www.jungewelt.de/2011/01-03/001.php>, unser kompletter Beitrag unter [http://www.sozialismus.de/kommentare\\_analysen/detail/artikel/ueber-gesellschaftsveraenderung-und-kommunismus-sehnsucht/](http://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/ueber-gesellschaftsveraenderung-und-kommunismus-sehnsucht/). Wer keine Möglichkeit hat, diese Beiträge im Netz nachzulesen und einen Ausdruck haben möchte, melde sich bitte bei mir.

## Gesellschaftsveränderung & Kommunismus-Sehnsucht

von Joachim Bischoff, Christoph Lieber, Björn Radke und Gerd Siebecke

Der Linken-Chefin Gesine Löttsch kann man nicht unterstellen, dass sie aus dem vereinten Deutschland einen kommunistischen Staat oder gar eine Diktatur machen möchte. Dass sie über Wege zum Kommunismus nachgedacht habe, bedeute nicht, dass sich die politische Zielsetzung ihrer Partei verändert habe: »Das Ziel der LINKEN bleibt der demokratische Sozialismus.«

Gesine Löttsch hat über die geopolitischen Konstellationen nachgedacht und konstatiert einen gewaltigen »verworrenen Problemhaufen«, für den keiner – auch DIE LINKE nicht, wie sie erfrischend offen zugibt – eine Lösung habe. Diese sei »noch nicht wirklich gut gerüstet, wenn es um die Bewältigung von Gesellschaftskrisen geht.« Zum »Problemhaufen« gehören aus ihrer Sicht folgende Szenarien:

- die Gefahr des Untergangs des Euro den nächsten zwei Jahren
- der mögliche Bruch der Europäische Union

- die Situation, dass die USA nicht aus der Wirtschaftskrise komme und bei den nächsten Präsidentschaftswahlen in die Hände von radikal-fundamentalistischen Christen falle
- die dramatische Klimaänderung, in deren Folge Flüchtlingsströme die »Festung Europa« überrennen.

Ohne auch nur mit einem Wort auf die angesprochenen Herausforderungen einzugehen, erschallt in der Öffentlichkeit ein mächtiger Aufschrei der Empörung. CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe wirft Löttsch eine »skandalöse Kommunismus-Sehnsucht« vor. Es werde klar, dass DIE LINKE die Erbin der SED sei und bleibe. Wer nach 20 Jahren deutscher Einheit noch immer von Rosa Luxemburgs Plänen der »Machteroberung« schwärme und den Systemwechsel propagiere, habe aus der »blutigen Geschichte des Kommunismus« nichts gelernt.

Die CSU schloss ein Verbotsverfahren gegen DIE LINKE nicht aus. Und für den sich im Wahlkampf befindlichen Ham-



burger SPD-Politiker Olaf Scholz finden sich »hinter der modern gestylten Fassade ... noch immer ganz alte Vorstellungen und Strukturen.« Auch der Verfassungsschutz, der bereits zwischen 2002 und 2008 die gesamte Linkspartei beobachtete, hat den Löttsch-Artikel registriert.

Die der politischen Linken – im weiteren Sinne – gegenüber aufgeschlossene Tageszeitung »Frankfurter Rundschau« kommentiert: »Die Kritiker ereifern sich über die Kommunismus-Passage im Einstieg, die Verteidiger verweisen auf das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus im Ausstieg. Beides ist richtig und darum die Frage erlaubt, was Gesine Löttsch eigentlich sagen will? Ihr Raunen – mehr ist es nicht – über die diversen Wege zum Kommunismus lässt sich als Reverenz an die Tagungsveranstalter und die eigenen Wähler interpretieren, die Aussicht auf die Morgenröte des demokratischen Sozialismus als Versuch der Besänftigung aller Übrigen.« Wir widersprechen: Es ist weit mehr als ein Raunen.

#### »Wir sind aus Egoismus Kommunisten!«

Schon Marx und Engels betonten: »Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird. Wir nen-

nen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.« (MEW 3, S. 35) [...]

Diese Position aktualisiert Gesine Löttsch mit der Erinnerung an Rosa Luxemburg: »Wenn Kommunismus das Gemeinschaftliche betont und der Liberalismus den einzelnen, dann wollte Rosa Luxemburg beides zugleich – höchstmögliche Gemeinschaftlichkeit bei der Kontrolle darüber, dass Eigentum und Macht im Interesse aller gebraucht werden, und größtmögliche Freiheit individueller Entfaltung, radikaler Kritik und Öffentlichkeit.« [...]

#### Kommunismus und Keynesianismus als Methode politischer Arbeit

Auf die selbstkritisch gestellte Frage an die Linke nach Analyse-, Deutungs- und Lösungskompetenz greift Löttsch das politische Vermächtnis Rosa Luxemburgs auf, indem sie den »Kommunismus als wirkliche Auflösungstendenz« in »Revolutionäre Realpolitik« übersetzt und zu Lernprozessen bei der Analyse der Krisenbedingungen auffordert. Die nationalen und globalen Ungleichgewichte sind nicht verschwunden. Das Kri-

## Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin



Alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben die Möglichkeit, BesucherInnen nach Berlin einzuladen, um die Arbeit des Bundestages und seiner Abgeordneten transparenter zu machen. Jan van Aken, in Hamburg gewählter Bundestagsabgeordneter der LINKEN, spricht für den **19. und 20. Mai 2011** eine solche Einladung aus. Die Abfahrt erfolgt am Donnerstag gegen 8:00 Uhr, Freitag gegen 21:00 Uhr ist man/frau wieder in Hamburg. Ich habe mich ent-

schlossen, dieser Einladung zu folgen, und freue mich auf den zweitägigen Besuch in der benachbarten Metropole, der neben einem Gespräch mit Jan und einem Besuch des Reichstagsgebäudes auch Zeit lässt für ein interessantes, kulturell-politisches Programm. Wer daran Interesse hat, ebenfalls mitzufahren, möge sich per E-Mail oder telefonisch bei mir melden.

senpotenzial wird die Finanzmärkte und die Investoren noch die nächsten Jahre beherrschen, selbst der Mainstream der Finanzwelt fordert inzwischen Reformen ein. Wenn allerdings Banker nach Staatsinterventionen rufen, meinen sie die Sozialisierung der Verluste, während die Gewinne in privaten Händen bleiben sollen. Mit Reformen meinen sie bruchstückhafte Regulierung und kurzfristiges Krisenmanagement – und damit letztlich den Versuch, die neoliberalen Grundregeln zu erhalten und zum »Business-as-usual« zurückzukehren.

Im Interesse der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wird jedoch ein echter Paradigmenwechsel gebraucht: Die Finanzmärkte müssen zu sozialer Gerechtigkeit, ökonomischer Stabilität und nachhaltiger Entwicklung beitragen. Deshalb kann nicht einfach zum Status quo ex-ante zurückgekehrt werden, systemische Veränderungen sind notwendig.

Seit Mitte der 1970er Jahre macht sich das enorm gewachsene Gewicht der Eigentums- und Vermögensbestände geltend. In den Verteilungsverhältnissen registrieren wir schrittweise die Hegemonie des leistungslosen Einkommens (Zinsen) – selbst eine Konterkarierung des von den bürgerlichen Kommunismuskritikern immer wieder gerne ins Feld geführten Leistungsprinzips. Der Übergang zu weitgehend unregulierten Geld- und Kreditmärkten führte nach und nach zu dem, was als finanzielle Globalisierung bezeichnet werden kann.

Der Kapitalismus bringt eine Scherenentwicklung von Realökonomie und dem Kredit- oder Finanzbereich hervor, der die normale Kriseninstabilität steigert. Diese Tendenz zur Herrschaft des Finanzkapitals muss aufgehoben werden, soll ein befriedigendes Niveau der Beschäftigung und der Lebensgestaltung für alle BürgerInnen verwirklicht werden.

Schon für die Weltwirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts fand sich in den Reihen des bürgerlichen Lagers mit John Maynard Keynes ein Ökonom, der diese Entwicklung kritisierte und als »kommunistisch« und »sozialistisch« stigmatisiert wurde. »Die Nachkriegserfahrungen von Großbritannien und den Vereinigten Staaten sind in der Tat lebendige Beispiele dafür, wie eine Anhäufung von Vermögen ... bei einem Vorwiegen von Bedingungen des laissez-faire einem angemessenen Niveau der Beschäftigung und einer dem technischen Stand der Erzeugung entsprechenden Lebenshaltung im Wege stehen kann.« (Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, S. 83)

Die kapitalistische Gesellschaftsformation hat in den Metropolen die materiellen Bedingungen einer entwickelteren Produktionsform geschaffen. Ein Entwicklungspfad in Richtung einer gesellschaftlich gesteuerten und kontrollierten Ökonomie ist also kein utopisches Modell, sondern eine Alternative zur wachsende Verstrickung in die Widersprüche der chronischen Überakkumulation.

Für diese muss die politische Linke neben anderen Akteuren der Zivilgesellschaft Vorschläge zur Reorganisation sozialer Sicherheit und des Übergangs zu einer Überflusgesellschaft zugleich entwickeln. Mit einem Maßnahmenbündel, das im Kern eine Veränderung der Verteilungsstrukturen zum Hebel für eine Veränderung des gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozesses und einen planmäßigen Umbau von Wirtschaft und

Gesellschaft macht, hatten bereits Teile der Gewerkschaften im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts für eine Strukturpolitik (»Wirtschaftdemokratie«) plädiert.

Auch Keynes hielt als Antwort auf die große Weltwirtschaftskrise 1927ff. einen Übergang in eine postkapitalistische Gesellschaftsformation für möglich. Im Unterschied zum kommunistischen Mainstream jener Zeit, der vom »faulenden Kapitalismus« sprach, hatte er – ganz im Marxschen Sinne – das Reichtumspotenzial des Kapitalismus für den Übergang in ein Gemeinwesen freier Individuen ins Visier genommen. Er kritisierte immer wieder die unzulänglichen Ansätze seiner eigenen bürgerlichen Klasse, zu einem neuen Regulationsrahmen des Kapitalismus und einer zukunftssicheren Friedensordnung zu kommen.

Die von Keynes genannten Forderungen sind heute erst Recht Bestandteil einer gesellschaftsverändernden Regulation:

- Ausweitung des »sinnvollen« Konsums, Zurückdrängung der Sparquote, Ausweitung öffentlicher Investitionen
- Ausbau öffentlicher Güter und Dienstleistungen
- Arbeitszeitverkürzungen in verschiedenen Formen
- strikte Besteuerung von höheren Einkommen und Vermögenserträgen, kombiniert mit einer Kontrolle und Steuerung des Finanzsektors.

Die Alternative zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus läuft also nicht einfach nur auf die gesellschaftliche Kontrolle des Banken- und Finanzsystems hinaus, sondern unterstellt einen weitreichenden Prozess gesellschaftlicher Reformen von der sozialen Sicherheit bis hin zur Steuer- und Vermögenspolitik.

Dass zu Beginn des Superwahljahres 2011 mit sieben Wahlkämpfen tektonische Verschiebungen im Gesellschaftsalltag der Bundesrepublik möglich sind (Absturz der FDP, Stuttgart 21 etc.), mag den kampagneartigen Aufschrei der parteipolitischen und medialen Öffentlichkeit zu Gesine Lötzschs Intervention erklären. Unredlich ist aber der Versuch, sie zu einer Verteidigerin einer »menschenverachtenden Ideologie« zu stempeln. Die gescheiterten autoritären, antidemokratischen Experimente des Staatsozialismus mit seinen erschreckend vielen Opfern mit ihren Argumenten für eine progressive Gesellschaftsveränderung zu vermengen, weisen wir entschieden zurück.

Eindeutig hat sie die Grundvoraussetzung einer »gesellschaftsverändernden, radikalen Realpolitik« der LINKEN benannt: »Ich weiß natürlich, dass eine solche radikale Realpolitik die Austragung von Widersprüchen und Konflikten einschließt, uns Veränderung und Selbstveränderung abverlangt. Das ist nicht einfach. Nicht ein Entweder-Oder von grundlegender Gesellschaftsentwicklung einerseits oder konkreten Reformschritten andererseits führt zum Erfolg. Die organische, lebendige Verknüpfung von eigenem Wirken der Bürgerinnen und Bürger, sozialen Bewegungen und Initiativen und dem Wirken linker Parteien in Parlamenten oder Regierungen, von Protest und Gestaltung, macht den Unterschied aus, auf den es ankommt.« Mit diesem Postulat sollten eigentlich alle Teile der LINKEN leben können – ohne Distanzierungsverlangen.

# Billstedt: bewegter, als viele glauben

von Renate Hercher-Reis, Mitglied der Linksfraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte



Wenn die Sprache auf Billstedt kommt, haben viele HamburgerInnen ein düsteres Bild vor Augen, weil dieser Stadtteil in den Medien eher für negative Schlagzeilen gut zu sein scheint.

Billstedt ist ein Stadtteil mit mehreren Großsiedlungen, die in den 1960er und 1970er Jahren gebaut wurden. Da ist die Großsiedlung Mümmelmansberg, die eigentlich wie ein abgeschlossenes Viertel innerhalb Billstedts wirkt. Dann gibt es da das Sonnenland, die Siedlung Kaltenberge, das Quartier an der Achenholzstraße und die östliche Möllner Landstraße. Eines haben alle diese Quartiere gemein: Die Mietpreise sind hier immer noch günstig. Denn die betreffenden Wohnungen wurden ehemals zum großen Teil im sozialen Wohnungsbau errichtet. Da in den letzten Jahren in Hamburg so gut wie kein sozialer Wohnungsbau mehr stattgefunden hat, ist dies für Billstedt insofern problematisch, weil immer mehr Menschen mit kleinem Geldbeutel aus anderen Ecken Hamburgs durch immens steigende Mietpreise hierher vertrieben werden. Aber mittlerweile ist auch in Billstedt kaum noch eine freie Wohnung zu finden.

Die Lage ist prekär. Von rund 55.000 BewohnerInnen erhalten mehr als 19.000 soziale Hilfe zum Leben. Davon sind mehr als ein Drittel Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre. 47% haben einen Migrationshintergrund, in 24% der Haushalte lebt mindestens ein Kind. Um so dramatischer ist der Umstand, dass das Freizeitangebot für Jugendliche sehr gering ausfällt, wenn man vom »Kulturpalast« mit seiner Hip-Hop-Akademie und anderen guten Angeboten einmal absieht. Auch im Sonnenland

gibt es eine Initiative, die viele Freizeitangebote für Minderjährige organisiert. In Mümmelmansberg gibt es ebenfalls engagierte Menschen, die den Jugendlichen interessante Angebote machen.

Augenscheinlich reicht dies nicht aus. So kommt es immer wieder zu Negativschlagzeilen, zu Berichten, in denen die Gesamtheit der Jugendlichen als kriminell abgestempelt wird. Da kommt es auch zu hysterischen Aktionen. So beschwerten sich AnwohnerInnen der SAGA-Siedlung an der Möllner Landstraße, dass auf den Wegen der Reihenhaussiedlung Jugendliche mit Drogen dealen würden. Prompt reagierte das öffentliche Wohnungsunternehmen und errichtete eine 1,55 Meter hohe Zaunwand, die sowohl die Wege als auch die Sicht der BewohnerInnen versperrt. Aus deren Reihen regt sich nun auch vereinzelt Widerstand. Denn sie wurden nicht einmal über den Bau dieser Zäune benachrichtigt. Die Fronten sind verhärtet!

Was wenig bekannt ist: In Billstedt gibt es sehr viele Initiativen und Vereine, die sich um einen lebenswerten Stadtteil bemühen. Seit Jahren engagiert sich die Initiative »Gegen den Schlickberg in Billstedt«. Auf einem 48 Hektar großen Gelände zwischen der B5 und der A1 wurde zwischen 1959 und 1982 hochgiftiger Hafenschlick abgekippt. Daneben kam es in diesem Spülfeld der »Hamburg Port Authority« (HPA) auch zur Einlagerung von Flug- und Filterasche, Sielschlämmen und Produktionsrückständen aus Hüttenbetrieben. Eine hoch brisante Zusammensetzung also. Als bekannt wurde, dass das Areal als



Hafenschlickdeponie weiter aufgestockt werden sollte, gründete sich eine Bürgerinitiative, die das verhindern wollte. Auch dank dieser Initiative, die Öffentlichkeit herstellte, wurde der Plan von der HPA 2010 fallen gelassen. Nun nehmen SPD und GAL die Pläne von 2001, hier ein Naherholungsgebiet zu schaffen, wieder auf. Auch dagegen regt sich Widerstand. Denn die Sanierung würde Gefahren für die Umwelt bedeuten und Unsummen von Geld verschlingen, das die HPA mit Sicherheit nicht zur Verfügung hat.

Auch in Mümmelmannsberg verlangen eine örtliche Bürgerinitiative und der Sanierungsbeirat, dass die BewohnerInnen endlich in die Erörterung anstehender Sanierungen einbezogen werden. Die schon erledigten Arbeiten finden wegen vieler Mängel und Verwendung billiger Materialien keineswegs den Beifall der Betroffenen. Und die BürgerInnen begnügen sich nicht mehr damit, lediglich »informiert« zu werden. Sie wollen vielmehr in die Planungen einbezogen werden und wirklich mitentscheiden. Zudem sollen in Mümmelmannsberg die bestehenden Vereine und Initiativen für die der SAGA GWG gehörenden Gemeinschaftsräume nun plötzlich Miete zahlen. Hier weht dem städtischen Wohnungsunternehmen allerdings ein scharfer Wind entgegen.

## Kleine Anfragen – bis zum Schluss!

Auch in der Schlussphase der 19. Legislaturperiode darf der CDU-Minderheitssenat nicht das Gefühl bekommen, er käme mit seinen fragwürdigen Vorhaben ungeschoren oder unwidersprochen durch. Deshalb muss er bis zum Schluss mit Kleinen Anfragen seitens der Linksfraktion und damit auch von mir rechnen.

So frage ich ihn z.B. danach, wie sich in den vergangenen Jahren die Eintrittspreise u.a. in der Eisbahn Wallanlagen und in den Schwimm- und Freizeitbädern verändert haben. Der Besuch dieser Sporteinrichtungen soll inzwischen so teuer geworden sein, dass es sich Menschen mit wenig Geld nicht mehr leisten können, wenigstens ab und zu schwimmen zu gehen oder Schlittschuh zu laufen.

Den »Umgang« der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) mit dem phantasiereichen Widerstand vieler WilhelmsburgerInnen gegen sie belastende Projekte habe ich schon bisher kritisch begleitet, zum Beispiel gegen

- den geplanten sündhaft teuren BSU-Neubau,
- das Bäumefällen für die Leuchttürme »Internationale Bauausstellung« (IBA) und »internationale Gartenschau« (igs),
- die Planung zweier neuer Quasi-Autobahnen (dagegen soll am 5. Februar um 12:00 Uhr vor dem Hamburger Rathaus ein weiteres Mal demonstriert werden)
- und die vorgesehenen Kürzungen für das weit über den Stadtteil hinaus bekannte und genutzte Bürgerhaus.

In einer aktuellen Kleinen Anfrage thematisiere ich den Umgang mit den Parzellen in Georgswerder und Wilhelmsburg. Den Großplanungen auf Kosten der BürgerInnen fallen mehr und mehr Kleingärten zum Opfer, im vergangenen Oktober

Zusätzlich sind in Billstedt viele Gruppen tätig, die sich um eine bestimmte Klientel kümmern, aber untereinander nur wenig kooperieren. Dieser Umstand veranlasste im vergangenen Jahr eine größere Anzahl BürgerInnen, eine Initiative zu gründen, die für all diese Institutionen Anlauf- und Vernetzungsstelle werden sollte. Man gab sich den Namen »Hallo Billstedt« und bestand die erste Feuerprobe mit der Mitorganisation der Antiatomkette quer durch den Stadtteil. Als nächstes Projekt, bei dem wieder andere interessierte BürgerInnen und Initiativen mitwirken wollen, ist ein Interkultureller Garten nach dem Vorbild eines Vorläufers in Wilhelmsburg geplant. Gerade in Zeiten, in denen damit zu rechnen ist, dass Gelder für soziale Projekte immer weiter gekürzt werden, ist es nötig, sich zu vernetzen und nicht allein für seine Anliegen zu kämpfen. Dabei ist es unerheblich, aus welcher politischen Richtung die AktivistInnen kommen. Das ist das Motto der Initiative »Hallo Billstedt«.

Mitglieder der LINKEN jedenfalls sind in verschiedenen dieser Zusammenhänge beteiligt und sorgen – zusammen mit anderen – für das Leben und die Vielfalt dieses Stadtteils. Und treten zugleich dafür ein, dass die Benachteiligung vieler seiner BewohnerInnen endlich zurückgedrängt wird.

wurde sogar ein Gartenhäuschen ohne jede Ankündigung eingerissen – die BewohnerInnen standen abends plötzlich vor einer Ruine.

In einer anderen Anfrage will ich vom Senat wissen, wie ernst es das Bezirksamt Hamburg-Mitte denn nun mit dem Aufstellungsbeschluss für eine soziale Erhaltungsverordnung in St. Georg meint, der von der zwischenzeitlich zurückgetretenen Stadtentwicklungssenatorin Hajduk am 22. Juni 2010 verkündet worden war. Ein solcher Beschluss sieht vor, dass »das Bezirksamt eingehende Anträge auf Abriss, bauliche und Nutzungsänderung sowie Umwandlung für maximal ein Jahr zurückstellen« kann, also bis zum endgültigen Beschluss über eine soziale Erhaltungsverordnung. Zwischenzeitlich geht aber offenkundig nicht nur der Verkauf von Gebäuden im Untersuchungsgebiet munter weiter, sondern es wurden möglicherweise auch Abgeschlossenheitsanträge (als Vorbereitung auf die Umwandlung) nach dem 22. Juni genehmigt. Das ist nicht hinzunehmen und ich bin gespannt, wie sich die Behörde dieses Mal herausreden wird.

Eine weitere Anfrage bezieht sich auf die unangekündigte Errichtung von 1,55 Meter hohen Zäunen der SAGA in der Möllner Landstraße (siehe dazu den Gastbeitrag von Renate Hercher-Reis in diesem BürgerInnenbrief).

Im vergangenen Jahr haben 678 SteuerhinterzieherInnen aus Hamburg eine Selbstanzeige gemacht, nachdem Steueründerdateien aus Liechtenstein bzw. der Schweiz aufgetaucht waren. Pro Person wurden von diesen im Durchschnitt um 75.000 Euro an Steuern nachgezahlt. Was ist eigentlich mit dem Geld passiert? Und was unternimmt der Senat, um



Die leerstehenden Wohnungen in der Hasselwerder Straße in Neuenfelde

aus dem Umstand ziemlich massiven Steuerhinterzugs seitens von GroßverdienerInnen Schlussfolgerungen für die zukünftige Steuerprüfungen und -fahndungen zu ziehen? Auf die Antworten auf diese Fragen bin ich besonders gespannt.

Schließlich ist auch der Umgang des Senats mit dem Wohnungsbedarf Gegenstand einer Anfrage, auf die ich etwas ausführlicher eingehen möchte, steht doch dieses Thema bei allen Parteien im Bürgerschaftswahlkampf ganz weit vorn. Meine Anfrage bezieht sich konkret auf den langjährigen Leerstand und den drohenden Abriss von Wohnhäusern in Neuenfelde. Die Stadt hatte im Zusammenhang mit der Airbus-Werksgeleände-Erweiterung zwischen den Jahren 2000 und 2006 dort insgesamt 48 Grundstücke aufgekauft. Die darauf stehenden 37 Häuser in der Hasselwerder Straße sowie sieben in der Straße Rosengarten mit insgesamt rund 70 Wohneinheiten für gut 210 BewohnerInnen werden von der SAGA GWG verwaltet. Nach und nach wurden die Wohnhäuser geräumt, seit dem Jahre 2004 (!) gibt es einen großen Leerstand (Anfang 2011 30 der 44 stadteigenen Häuser). Von September bis Dezember 2009 hat eine Begutachtung von 29 leer stehenden Häusern stattgefunden. Jetzt ist – nach Vorlage eines Lärmgutachtens – entschieden worden, in einem ersten Schritt elf dieser Gebäude in Stand zu setzen und anschließend zu vermieten. Ein weiterer Teil »könnte nach Auskunft der Finanzbehörde abgerissen werden« (taz hamburg vom 7.1.2011). Ein Teil der Häuser sei »so marode«, »dass sich eine Sanierung nicht mehr lohne« (Hamburger Abendblatt vom 7.1.2011), was niemanden wundern kann, wenn man die Gebäude über

so viele Jahre vor sich hin gammeln lässt. Die Mietausfälle wurden bereits im April 2008 monatlich mit 27.500 Euro angegeben. Das Abendblatt (8.1.2011) drückte sich mit der Bemerkung, dass »durch Zögern und Taktieren Kapital nicht wirklich nutzbringend verwendet wird« eher zurückhaltend aus. Fakt ist, dass die Behörden in den vergangenen Jahren keine Neuvermietung wollten, »damit die Arbeit von Airbus nicht aufgrund von Beschwerden neuer Mieter beeinträchtigt werden kann« (O-Ton des Finanzbehördensprechers Daniel Stricker laut BILD Hamburg vom 6.1.2011) – Standortpolitik pur. In der gleichen Ausgabe des Blattes, in der vom geplanten Abriss etwa eines Drittels der Häuser die Rede ist, wird auch Günter Piehl von der SPD Neuenfelde zitiert: »Wir wurden über das Ergebnis des Gutachtens noch gar nicht informiert. Während in Hamburg etliche Menschen Wohnraum brauchen, wird hier erst künstlicher Leerstand verursacht, und jetzt werden die Häuser vernichtet.« Dieser Kritik kann ich mich ohne Abstriche anschließen.

Mit meiner Kleinen Anfrage – Kollege Thomas Völsch von der SPD hatte in den vergangenen zwei Jahren bereits wiederholt Anfragen gestellt – will ich in Erfahrung bringen, warum nicht schon vor der Airbus-Werksenerweiterung geprüft wurde, wie es mit den Häusern weitergehen soll. Welchem Verständnis von Bürgerbeteiligung folgt der Senat, wenn er es für unnötig hält, die Menschen in Neuenfelde vernünftig zu informieren? Und vor allem, wie erklärt er einen siebenjährigen Leerstand, auf den nun – trotz der grassierenden Wohnungsnot – mit Wohnungsabriss reagiert wird?



## Stadtbahn: JA bitte!

Kaum hatte die GAL die Senatskoalition verlassen, verkündete (Noch-) Bürgermeister Christoph Ahlhaus (CDU) den Stopp aller Stadtplanungen. Auch der SPD-Spitzenkandidat Olaf Scholz hat von diesem Projekt erst einmal wieder Abstand genommen.

Ich halte den Ausstieg aus dem Vorhaben – ebenso wie die zum 1. Januar 2011 erfolgte Tarifierhöhung im Hamburger Verkehrsverbund – für ein völlig falsches Signal. Hamburg braucht den Ausbau und die Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Dies wäre einer der nachhaltigsten Beiträge, den die »europäische Umwelthauptstadt 2011«, wenn sie es denn je wirklich würde, leisten könnte. Die Stadtbahn ist eine umweltverträgliche und vergleichsweise kostengünstige Lösung. Sie könnte wesentlich dazu beitragen,

den PKW- und Individualverkehr nachhaltig zu reduzieren, indem ein neues, attraktives Massenverkehrsmittel geschaffen wird. Nur so wird das »Umsteigen« attraktiv und damit auch erfolgversprechend.

Allerdings muss gründlich geprüft werden, ob die zuletzt getroffene Vorauswahl der Trassenführung wirklich die beste ist. Zudem muss endlich ein durchkalkuliertes Gesamtverkehrskonzept vorgelegt werden, das den zentralen verkehrs- und umweltpolitischen Erfordernissen gerecht wird, und das die Einwände und Vorbehalte der BürgerInnen ernst nimmt.

Insofern unterstützte ich die Volksinitiative »Stadtbahn JA«, die in den kommenden Monaten Tausende Unterschriften sammeln muss, um daraus einen Volksentscheid werden zu lassen (Listen unter <http://www.stadtbahnja.de/>).

## Wahlkampf-Termine

Auch ich kämpfe für ein gutes Ergebnis der LINKEN in der Bürgerschaft und in den Bezirken, insbesondere natürlich im Wahlkreis 1, für den ich erneut direkt kandidiere. Im Folgenden sind die Veranstaltungen notiert, für die ich eine Teilnahme zugesagt habe. Details über Themen, TeilnehmerInnen der anderen Parteien etc. finden sich immer aktualisiert auf meiner Internetseite (siehe unten):

**Di. 25.1.2011, 19:00 Uhr,** Treffpunkt Münzberg, Münzweg 8: Wahldebatte im Münzviertel mit den WahlkreisspitzenkandidatInnen

**Do. 27.1.2011, 19:00 Uhr,** Bürgerhaus Wilhelmsburg: Wilhelmsburger Wahlprüfstand – Einwohnerversammlung mit führenden BürgerschaftskandidatInnen der Parteien

**Fr. 28.1.2011, 13:00 Uhr,** Movimento im Gewerkschaftshaus: Hamburg braucht auch eine Vermögensuhr (ver.di-Debatte, moderiert von Heiner Flassbeck)

**Mi. 2.2.2011, 20:00 Uhr,** Dreieinigkeitskirche: St. Georg im Wahlkampf – Der Einwohnerverein St. Georg lädt ein

**Do. 3.2.2011, 20:00 Uhr,** Haus der Familie, Bei der Schilleroper 15: Strategien gegen Verdrängung aus St. Pauli

**Di 8.2.2011,** Haus der Jugend Horn: Wohnungspolitische Veranstaltung der Stadtteilgruppe Hamm/Horn/Borgfelde

**Do. 10.2.2011, 19:00 Uhr,** Haus des Sports, Schäferkampsallee 1: Wahlveranstaltung des Hamburger Sportbundes

## joachimbischoff.de

Aktuelle Positionsbestimmungen zur Bürgerschaftswahl, Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können demnächst als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Wer aktuell informiert sein möchte, sollte lieber einmal mehr vorbeischaun!

The screenshot shows the homepage of Dr. Joachim Bischoff's website. At the top, it identifies him as a member of the Hamburg City Council and the DIE LINKE faction. The main content area features an article titled "Morch was kommt von draußen rein...." with a sub-headline "von Joachim Bischoff und Bernhard Müller". The article text discusses the Hamburg City Council's decision to hold a referendum on the Stadtbahn project. The sidebar on the right contains navigation links for "Alle Beiträge", "Kategorien", and "DIE LINKE in Hamburg".

## Kultur Tipp: »Verfemte Musik«



Klavierduo Friederike Haufe und Volker Ahmels (Foto: Mirjam Voigt)

Die NPD will am 29. Januar auf dem Herbert-Wehner-Platz in Harburg unter der Parole »Mit kriminellen Ausländern kurzen Prozess machen!« eine Kundgebung abhalten – zwei Tage, nachdem international der Tag der Befreiung der letzten Überlebenden von Auschwitz begangen sein wird. Antifaschistische Initiativen und DIE LINKE fordern zu Recht das Verbot dieser Veranstaltung.

Um so wichtiger, dass den Veranstaltungen im Umfeld des Befreiungstages entsprechende Aufmerksamkeit zukommt. Eine der letzten Holocaust-Überlebenden aus Hamburg, die Musikerin Esther Béjarano, wird am **19. Januar, um 19:00 Uhr**, in der Martin-Luther-Kirche in Alsterdorf (Bebelallee 156) zu Gast sein. Die heute 86-Jährige wird aus ihrem bewegten Leben (u.a. vom »Mädchenorchester Auschwitz«, das ihr das Überleben sicherte) erzählen und Passagen ihrer von Birgit Gärtner bearbeiteten Autobiographie lesen (der Eintritt ist frei, um eine Spende wird gebeten).

Bereits zum wiederholten Male setzt das Bezirksamt Hamburg-Nord mit einer »Woche des Gedenkens« ab Ende Januar deutliche Zeichen: »Auschwitz darf niemals vergessen werden«. Auf drei der rund 30 Veranstaltungen (das Gesamtprogramm gibt es unter <http://www.hamburg.de/contentblob/994558/data/woche-des-gedenkens-2009.pdf>) will ich besonders hinweisen: Am **27. Januar um 14:00 Uhr** wird im

Ernst-Deutsch-Theater der diesjährige Bertini-Preis »für junge Menschen mit Zivilcourage« verliehen. Eine Podiumsdiskussion zum Eichmann-Prozess findet am **30. Januar um 13:00 Uhr** im »Politbüro« (Steindamm 45) statt. Dem Ausschwitz-Komitee ist es gelungen, für diese Veranstaltung Gabriel Bach, den Staatsanwalt im Eichmann-Prozess und Richter am Obersten Gericht in Israel, zu gewinnen. Schließlich spielt das Klavierduo Friederike Haufe und Volker Ahmels während eines Konzerts am **8. Februar um 19:30 Uhr** in der Talmud-Tora-Schule (Grindelhof 30) »Verfemte Musik« (bitte Personalausweis oder Reisepass bei der Einlasskontrolle bereithalten).

Die Bezirksversammlung Hamburg-Nord hält aus Anlass des Befreiungstages am **27. Januar um 18:00 Uhr** eine öffentliche Feierstunde im Bezirksamt (Robert-Koch-Straße 17) ab, außerdem finden am gleichen Tag im Michel (**18:00 Uhr**) und im Mahnmal St. Nikolai-Kirche (**20:00 Uhr**) zwei weitere große Gedenkveranstaltungen statt.

Der Journalist, Historiker und Macher der Ausstellung »Eine verschwundene Welt« über das ehemalige jüdische Leben am Grindel, Winfried Weinke, berichtet am **10. Februar um 19:00 Uhr** im Rahmen einer Veranstaltung des gewerkschaftlichen Kulturvereins Be60 über seine Dokumentationsarbeit (»Movimento« im Gewerkschaftshaus Besenbinderhof 56; Eintritt 12/10/5 Euro, Erwerbslose haben freien Eintritt).

---

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**